

Umbrüche im Gedenken an die Nationalsozialistische Gewaltherrschaft (NSG)

8. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein, 22.- bis 24. März 2013
Bericht: Heinz-Michael Kittler, 29.03.2013 (vorbehaltlich der originären Auswertung und Nachbesprechung am 18.04.2013 16:00 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Kiel.)
Zum Veranstaltungskonzept, den Abkürzungen und den Namen der Vortragenden
Hauptakteur/Innen siehe Programm am Schluss dieses Protokolls. Die Tagung wurde von ca. 60 Teilnehmern besucht.

Einführung

Die Erinnerung des Nationalsozialismus ist mit heftigen Debatten und Auseinandersetzungen, mit Brüchen und Umbrüchen, mit der Neuschreibung von Geschichte verbunden. Und sie ist selbst Geschichte geworden.

Die 8. Landesgedenkstättentagung will diese Entwicklung am Beispiel Schleswig-Holsteins nachvollziehen. Die Gedenkstätten im Land zeugen davon, dass Schleswig-Holstein im geschichtspolitischen Diskurs der Republik zwei Jahrzehnte zurück liegt. Wir fragen, wie unterschiedliche Generationen mit ihren jeweils eigenen Erfahrungshintergründen Erinnerung und Gedenken organisieren und gestalten. Dazu sollen zum einen AkteurInnen der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft zu Wort kommen und über ihre Erfahrungen, Erfolge und auch Schwierigkeiten berichten. Zum anderen wollen wir exemplarisch die Landeshauptstadt in den Blick nehmen, deren mangelhafte Thematisierung der eigenen NS-Vergangenheit einzigartig in der Bundesrepublik ist. Wie in den Vorjahren will die Landesgedenkstättentagung ein Forum zum Austausch zwischen AkteurInnen und WissenschaftlerInnen sowie zwischen Politik und Verbänden sein.

Die 80 jährigen Gedenktage (1933-2013) treffen auf eine Situation von massenmedialer Aufwallung einerseits und fortschreitende kontinuierlichen Aufarbeitung andererseits. Gleichzeitig konkretisierte sich durch wiederholen und ergänzen in den vergangenen Jahren ein Grundkonsens heraus, der vor einiger Zeit so noch nicht möglich war. Aus den freigelegten Schichten der *Geschichte*, die sich dabei offenbaren, entstehen neue Verbindungen und ganz unterschiedliche Gedenkmilieus, die verschiedene Erinnerungsstränge entwickelt haben, treiben durch wachsende Querkommunikation eine völlig neue Dynamik voran. Dort hinein wirken auch Generationsschwerpunkte wie 67/68, 1989, 9/11 und können das Bewusstsein mit prägen. Dabei folgt erinnerungskulturelles Handeln völlig unterschiedlichen Motiven der Akteure. Vermittelbar sind immer nur begrenzte Abschnitte und davon meist auch nur ein enger Focus. Gleichzeitig wechseln sich Themenkonjunkturen ab. Nicht nur um Finanzierbarkeit zu begründen und zu erwirken, sind feste Strukturen und Kontinuität unabdingbar sondern auch, weil Wahrnehmung und Begreifen erst durch Darstellungen in möglichst professioneller und präparierter Form aktiviert werden kann.

Podiumsgespräch/ Lebensberichte : Der Wandel von NS Erinnerung. 1945 bis heute.

Eine Zeitzeugin (89) berichtet als „Mischling 1.Grades“ über ihre Jugend, die Unterstützung durch ihre Lehrerin, KPD-Eintritt 1951, später VVN und ihre Aktivitäten bis heute in Schulklassen.

Ein Junger Praktikant (21) des Jüd. Museums RD, aktiviert durch G.Koop Produktionen(!), Neo- Nazis an Schule und Asylpolitik, in der er die Kontinuität der Repression bestätigt sieht.

Ein pensionierter Lehrer, aktiv bei AKENS, engagierte sich mit Spiegellaffäre über 67/68 Schahdemo in Kiel bis hin zur Affäre: Verbindung Barschel/Sohn von Dönitz.

Die Leiterin der Gedenkstätte Ahrensböök (Journalistin) wurde geprägt durch die Initiative 33, eine G.Hoch-Veranstaltung, Todesmärsche durch Ahrensböök. Nach anschaulicher Darstellung ihrer unterschiedlichen Lebenserfahrungen waren sich die Teilnehmer einig, dass NS-Aufarbeitung vor Ort eine besondere Bedeutung hat und gute Nachfolger von leider aussterbenden „echten“ Zeitzeugen besonders diejenigen seien, die über die Epochen der Aufarbeitung nach 45 berichten können.

Die Entstehung von AKAP / AKENS Anfang der 80er Jahre

1980 begann vor dem Kieler Landgericht der Prozess gegen Ex-SS-Obersturmführer Kurt Asche, (Asche-Prozess). Er war Mitarbeiter Eichmanns im Judenreferat, zuständig für Nordfrankreich/Belgien und wurde 1981 zu 7 Jahren Haft verurteilt. Aus den etwa 25 ständigen Prozessbeobachtern, die aus verschiedenen Strömungen, von K-Gruppen bis CDU kamen, bildete sich der Arbeitskreis Asche-Prozess (AKAP), der den Prozess mit Aktionen und Veranstaltungen begleitete. Sein nach dem Prozess fortgeführtes Engagement, zu denen auch Antifa-Stadtrundfahrten durch Kiel gehörten, welche stets von der Polizei begleitet wurden, wurde auch vom Verfassungsschutz überwacht. Ende der 80er Jahre, als inzwischen auch ein Reader entstanden war, nahm die kontinuierliche Arbeit zu, aber die politische Intentionen wandelten sich hin zu einem wissenschaftlich-historischen Selbstverständnis.

Da weder die Landesregierung, noch die Stadt Kiel zur NS-Aufarbeitung bereit war, entwickelte sich kurz darauf am Historischen Seminar der Uni Kiel, wo es bislang auch eine NS-Aufarbeitung nicht gab, ein Arbeitskreiskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig- Holstein (AKENS). Er wuchs bald auf über 150 ständige Mitglieder an, breitete sich über ganz Schleswig-Holstein und Hamburg (wo inzwischen die 7 Geschichtswerkstätten aktiv waren) aus und in ihm ging der AKAP dann 2007 auf. Seit 1989, mit Beginn der SPD geführten Landesregierung, hatten sich die Arbeitsmöglichkeiten verbessert. Wichtige Aktivitäten sind seit dem die Gedenkstättenarbeit um das Kieler Arbeitserziehungslager Nordmark, die Unterstützung der Stolpersteine, historische Rundgänge, Zusammenarbeit mit Schulen, Herausgabe der halbjährlichen Zeitschrift „Information zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte“ (ISHZ), die in Archiven, Bibliotheken und Archiven hohes Ansehen genießt, der Mitgliederrundbrief und das Einwerben von EU-Mitteln.

Heute gehören dem AKENS e.V. HistorikerInnen, LaienforscherInnen und zeitgeschichtlich interessierte Persönlichkeiten aus SH, HH, Bundesgebiet und dem Ausland an. Wie sonst wenig bekannt, zeigen die Forschungsergebnisse, dass der Nationalsozialismus in Schleswig sich keinesfalls auf 12 Jahre begrenzen lässt, sondern hier sehr früh schon Mitte der 20er Jahre begann, wesentlich ausgeprägter war als im Reich und, ebenfalls besonders hier, Nachwirkungen bis in die jüngste Zeit hatte.

Die folgende Diskussion ergab, dass noch viel zu tun sei, da der Rückstau in Schleswig-Holstein im Verhältnis zu den anderen Bundesländern immer noch sehr hoch ist. Viele Aktivisten der ersten Stunde scheiden altersgemäß aus, viele Engagements, Aktivitäten und Kontakte entstünden eher zufällig, Widerstände seien immer noch zu überwinden und die Institutionalisierung muss weiter voranschreiten, besonders um Lehrern und Interessierten die Recherche zu erleichtern. Gleichzeitig ist das Bürgerengagement zu fördern und darf keinesfalls durch die Institutionalisierung geschwächt werden.

Solange das Repressions- und „Kriseninstrumentarium“ (Franz-Josef Strauss), Notstandsgesetze und ähnliches noch in Reserve schlummern, der Verfassungsschutz noch merkwürdige Kontakte unterhält, dürfe es keine Atempause geben.

Der Schleswig-Holsteinische Heimatbund (SHHB), ein halbstaatlicher Akteur

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es dem Heimatbund zunächst darum, den vermeintlichen Verlust der nationalen Identität in Schleswig-Holstein zu bekämpfen, da mehr als die Hälfte seiner Bewohner aus Flüchtlingen bestand. Schlimme Wahrheiten sollten mit Schein-, bzw. Deckerinnerungen überdeckt werden. Seine Angst vor Überfremdung gipfelte, als der SSW kurz nach dem Krieg 50% der Stimmen erreichte. Der SHHB setzte den Begriff Heimat in den Vordergrund, die Täterschaft wurde Preußen zugeordnet, zu dem Schleswig Holstein bis 1945 als Provinz gehörte und die Menschen selbst wurden als Opfer dargestellt. Heftig wurde auch Dänemark angegriffen und dänisches- mit NS Expansionsstreben verglichen. Stattgefundene Verbrechen wurden, wenn überhaupt, als zusammenhangslose „Geschehnisse“ begriffen, die woanders passiert sind, und aus dem SHHB Interessensfeld abgetrennt.

Nach erstem Generationswechsel und 68er Effekt, der zu Spannungen mit der Tätergeneration führte, änderte sich unter SHHB Vorsitzendem Schmidt - Staatssekretär in der konservativen Landesregierung und vor 1945 Adjutant von Hauptkriegsverbrecher Baldur von Schirach – die Strategie. Fortan wurde das Leiden der Flüchtlinge popularisiert und deren damalige Rettungsaktionen von Marine, Staat und auch „anständigen“ NS-Parteigenossen gar als Heldentaten hochstilisiert. Gleichzeitig verstärkten sich die Diffamierungen gegen die „falschen“ „Speck“-Dänen, die selbst an KZ- Einrichtungen beteiligt gewesen sein sollen. Gemeint war das ehemalige Lager Ladelund, in dem ab 1945 vorübergehend Nazis interniert wurden.

Auch Geschäftsführer v.Leezen ließ Gebetsmühlenhaft verlauten, dass endlich auch die anderen Länder zu ihren Schandtaten stehen sollten. Der NS habe nun mal im Reich geherrscht, sei über die Elbe gekommen und habe Schleswig-Holstein, wenn auch milde, mit erfasst.

Mit dieser Ideologie wurde der SHHB mit einer halben Mio. DM jährlich und großer Personalausstattung von der konservativen Landesregierung gefördert, prägte als Dachverband auch die Jahrbücher seiner SH- Kreisverbände und massiv die Unterrichtsmaterialien an den Schulen. Selbst als Bundespräsident v. Weizäcker schon den Begriff der „Befreiung“ prägte, forderte v.Leezen noch massiv die Rückgabe der Ostgebiete.

Erst als der SHHB deshalb für Barschel zum Sicherheitsrisiko für dessen Machterhalt wurde und er auf Distanz zu ihm ging, der liberale Ronneburger Schmidts Nachfolger wurde um mit der sich anbahnende Engholm Regierung die Landesförderung für den SHHB zu sichern, gab er seine Geschichtsklitterung auf. Die Scheinerinnerungen zerbrachen. Der neue Geschäftsführer Dirks begann, den SHHB 1989 mit der Engholm Regierung kompatibel zu gestalten, forcierte fortan das Plattdeutsche und der SHHB verlor an geschichtlich einseitiger Wirkung. V.Leezen schrieb fortan Artikel für NPD-Postillen.

Mit auf 10 Personen reduziertem Personal ist der SHHB heute Dachverband der selbständigen Kreisvereine, hat sich in Bezug auf seine Tendenz pluralistisch weiterentwickelt und öffnet sich aktuell auch Akteuren der Gedenkstättenkultur.

Entstehungsgeschichten und Identitäten kleiner Einrichtungen

- 1) Arbeitererziehungslager (AEL) Nordmark in Kiel- Russee
- 2) Gedenkstätte Cap Arcona, Neustadt
- 3) Jüdisches Museum Rendsburg
- 4) KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen/Springhirsch

In Schleswig-Holstein bestehen viele Museen. Die Themenvielfalt geht von Kultur über Tuch, Kunst, Seefahrt, Architektur, Archäologie bis Volkskunde. Bis in die späten 80er Jahre gab es Gedenkstätten zur NS-Geschichte noch nicht.

Gründung, Pflege Unterhalt und Förderung von NS-Gedenkstätten in Schleswig-Holstein verlief und verläuft sehr unterschiedlich. Sie wurden stets in zähem Ringen von engagierten Bürgern meist gegen starke Widerstände durchgesetzt.

Die folgenden Workshops dienen der Vertiefung. Einzelheiten über die Gedenkstätten selbst sind einzeln oder unter "Gedenkstätten in Schleswig-Holstein" zu googeln.

1) Arbeitserziehungslager (AEL) Nordmark in Kiel, Russee

Das Arbeitserziehungslager Nordmark wurde durch die Gestapo im Juni 1944 errichtet und bestand bis Kriegsende. Die Inhaftierung unter den KZ-gleichen Haftbedingungen hatte die Aufgabe der Disziplinierung insbesondere der Zwangsarbeiter. In dem Jahr des Bestehens waren hier insgesamt etwa 4-5.000 Menschen inhaftiert, von denen 578 ums Leben kamen. Nach 1945 wurde die Existenz des Lagers bald verdrängt. 1971 und 1985 wurden jeweils durch kirchliche Initiativen Gedenksteine aufgestellt. Auf Drängen des 1980 gegründeten Arbeitskreises Asche Prozess beschloss die Ratsversammlung 1983 die Einrichtung einer Dokumentations- und Gedenkstätte, ignorierte aber den eigenen Beschluss. Mit EU-Mitteln und der Unterstützung einzelner Ratsmitglieder ließ der AKENS schließlich 2003 den Gedenkort in der heutigen Form errichten.

2) Gedenkstätte Cap Arcona, Neustadt

Das zum 45. Jahrestag der Versenkung von 7000 KZ Häftlingen auf 2 Schiffen 1990 fertig gestellte Museum in kommunaler Regie befindet sich in einem östlichen Anbau an das historische Kremper Tor, besteht aus zwei Räumen und ist normalerweise über den Haupteingang des städtischen Museums zu erreichen. Dazu gehört auch ein Ehrenfriedhof.

3) Jüdisches Museum Rendsburg

Seit 2002 wegen seiner künstlerischen Bedeutung von der Stiftung Schleswig-Holsteinischer Landesmuseen geführt. Diese ehemalige Synagoge mit Gemeindehaus und Schule fiel nicht der Brandschändung zum Opfer, da sie von anderen Gebäuden eingerahmt ist. Außerdem beehrte ein Fischhändler das Gebäude zur gewerblichen Nutzung und richtete eine Räucherei ein, die bis 1981 bestand, dann unter Denkmalschutz gestellt- und von der Stadt Rendsburg erworben wurde. Nach der Renovierung 1986 wurde in dem Bauensemble zunächst ein Kulturzentrum und im November 1988 das Museum eröffnet.

4) KZ Gedenkstätte Kaltenkirchen/Springhirsch

Mitte der 90er Jahre war der Alvesloher Gerhard Hoch mit befreundeten Bürgern der Umgebung auf Überreste des ehemaligen Lagers gestoßen und erforschte mit Unterstützung von Zeitzeugen die Geschichte des Ortes. Diese KZ-Außenstelle von Neuengamme war 1944 errichtet worden, um mit Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen den Flugplatz der Luftwaffe zu vergrößern. Gegen viele Widerstände und Ignoranz von Behörden gelang 1999 die Gründung eines gemeinnützigen Trägervereins. In Zusammenarbeit mit Schulklassen konnte die Gedenkstätte erstmalig gestaltet werden und wurde mehrmals ausgebaut. Der Grundbesitzer, die Hamburger Flughafen AG, erstattet dem Verein die Miete als Spende zurück.

Die Großstadt Kiel im Spiegel der Erinnerung

1) Aktivitäten der Ratsversammlung.

Nach einem gescheiterten Antrag der Linken Kieler Ratsfraktion vom 7. März 2011:

Umbenennung der Bushaltestelle "Strucksdiel"

Die Bushaltestelle „Strucksdiel“ wird parallel zum Erscheinen der neuen Busfahrpläne umbenannt in „Gedenkstätte Nordmark“

Begründung: Seit 2003 besteht der Gedenkort „Arbeitserziehungslager Nordmark“, um daran zu erinnern, dass an dieser Stelle mindestens 578 überwiegend ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer fielen. Die Erinnerungskultur ist ein wesentlicher Teil des deutschen Selbstverständnisses nach 1945. Die Geschichte muss sichtbar bleiben, damit sie nicht vergessen wird. Leider ist zu vielen Kielern dieser Ort des Gedenkens unbekannt.

Die beantragte Umbenennung ist geeignet, den Bekanntheitsgrad dieser wichtigen Gedenkstätte bei Kieler Bürgerinnen und Bürgern zu steigern und auswärtige Besucherinnen und Besucher der Landeshauptstadt auf die Gedenkstätte hinzuweisen. Im Zuge der neuen Fahrplannerstellung würden sich die anfallenden Kosten reduzieren.

entwickelte sich im Stadtrat dennoch eine Debatte um die NS-Gedenkkultur. Sie mündete in einem Beschluss der Ratsversammlung, die Verwaltung zu beauftragen, zunächst einmal eine Übersicht über alle vorhandenen Gedenk-Orte betreffend NS-Gewaltherrschaft aber auch zweiten Weltkrieg darzustellen und zu bewerten und mit Zeithistorikern und Künstlern Überlegungen für eine zeitgemäße Erinnerungskultur zu erarbeiten. Eine Mammutaufgabe und so weit gefasst, dass mehrmals rückgefragt bzw. erstmal definiert werden musste und das, obwohl ähnliche Aufgaben aus der Vergangenheit im Sande verlaufen waren. Der Entwurf lag im Juli 2012 vor. Er listet 155, in engerer Definition 50 Orte auf, beschreibt die vielen vergeblichen Versuche von idR. privaten Initiativen diese auszubauen, zu vernetzen und zu katalogisieren, beklagt die mangelnde frühere Unterstützung der Stadt obwohl von renommierten Historikern Vorschläge längst auf dem Tisch lagen. Obwohl der Entwurf des Kulturamtes ohne Änderungen an den Rat der Stadt Kiel weitergegeben wurde, fehlt immer noch eine zentrale Stelle dafür, erst recht ein übergreifendes Konzept. Nun ist ein neuer Auftrag per Beschluss von der Ratsversammlung unterwegs: Das Kulturamt möge die Aufstellung fortführen, öffentliche Workshops einrichten, eine Werkstatt der Erinnerung installieren, die Kosten darstellen und- für alles Fördermittel (LAND, Bund, EU) anwerben.

2) Mahnmal Kilian e.V.

1995 gründete der Kieler Journalist und Kunsthistoriker Jens Rönnau zusammen mit Kieler Bürgern den Verein "Mahnmal Kilian", um die berühmte Ruine des U-Boot-Bunkers "Kilian" auf dem Kieler Ostufer als ein eindrucksvolles Mahnmal aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges zu erhalten. Damit sollten auch Bestrebungen für einen geplanten Abriss des eingetragenen Kulturdenkmals verhindert werden. Für die jüngeren Generationen sind derartige Ruinenstätten wichtige Orte der Anschauung, da sie authentisch, wuchtig und ungeschönt ein Stück vergangener Kriegswahrheit vermitteln können.

Ein Denkmal waren die "Kilian"-Trümmer auch in dem Sinne, dass hier Hunderte Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene zum Bunkerbau gezwungen worden waren. Der Bunker ist zudem ein Kriegsgrab, da ein U-Boot mit fünf Menschen an Bord noch in den letzten Kriegstagen von einer Bombe getroffen wurde und unter den Trümmern begraben liegt.

Trotz aller Bemühungen zur Erhalt entschieden letztendlich wirtschaftspolitische Interessen das Schicksal dieses Mahnmals. 2000 wurden die unter Denkmalschutz stehende Bunker-ruinen zugunsten der Erweiterung des Kieler Ostuferhafens eingeebnet. Obwohl der Verein die Bunkerruinen ins Zentrum vielfältiger Aktivitäten stellte und sich intensiv um ihre Erhaltung bemühte, konnte er dies nicht verhindern. Ein eindrucksvolles Zeugnis des Kriegswahnsinns wurde damit für immer vernichtet.

2001 erwarb der Verein durch Ersteigerung für rund 30.000 DM den sogenannten "Flandernbunker", einen ehemaligen Marine-Hochbunker am Ende des Hindenburgufers am Tirpitzhafen. Der "Flandernbunker" steht nun im Zentrum der Tätigkeit des Vereins als Begegnungs- und Bildungsstätte, Museum und Mahnmal.

Der Verlust der Einmaligkeit des Kilian öffneten dem Verein aber auch neue Frageschwerpunkte, auch dadurch begünstigt, dass Zwangsbetroffenheit heute keine Rolle mehr spielt. Wie kann man Täter, Opfer und Zuschauer voneinander trennen? Sollte man das überhaupt? Heute können Fragen angegangen werden, in welchen Strukturen das alles geschehen konnte und in wie weit diese heute noch bestehen. Aber auch dass der Flandernbunker über einen leicht erreichbaren und zentralen Standort verfügt, anstatt in der Peripherie der Landschaft zu stehen, wird als großer Vorteil gesehen.

Situation und Perspektiven der Gedenkarbeit in Schleswig-Holstein

Zu Gast im Podium: Anke Spoorendonk, S-H Ministerin für Justiz, Kultur und Europa

Frau Spoorendonk brachte ihre Freude zum Ausdruck dass sie bei dieser 8. Tagung nunmehr als Ministerin teilnehmen dürfe und berichtete von den Arbeiten ihres Staatssekretärs zur Organisation eines Runden Tisches zur Erstellung eines Landesgedenkstättenkonzeptes und Einwerbung von Fördermitteln. Nächster Sitzungstermin ist der 22.04.2013.

Als Kind in Schleswig aufgewachsen, hat sie an den dort in den 50er Jahren wachsenden neuen Gerichtsstandort erinnert, der ein Sammelbecken für Ex-Nazi Juristen und Richtern war, die sich in ihren Heimatorten nicht mehr blicken lassen konnten. Der Art. 131 GG von 1950 betreffend "verdrängten Beamten", erlaubte deren Rückkehr in den öffentlichen Dienst mit vollem Status, den sie bis 1945 innehatten. Ferner streifte sie die Schleswiger Irrenanstalt, die sich mit Euthanasie einen Namen gemacht hatte und sich später in Fachklinik für Psychiatrie, Neurologie und Rehabilitation umtaufte.

Sie gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass kaum Land oder Staat, sondern stets Zeitzeugen und persönlich Betroffene Triebfeder für Erinnerungskultur waren. Schon im Koalitionsvertrag der neuen Rot/Grün/SSW - Landesregierung sei deshalb vereinbart worden, dass endlich auch seitens der Landesregierung diesbezügliche Aktivitäten der NS-Geschichtsaufarbeitung aufgenommen und intensiviert werden sollen. Dazu gehöre auch als Schleswig-Holsteinische Spezialität, dass es einerseits schon in den 20er Jahren nationalsozialistisch war, und andererseits, dass nach 1950 geradezu eine zweite braune Welle das Land überflutete. Da die heutige Gedenkkultur immer noch fragil sei, wurden zunächst die laufende Förderungen für die Bürgerstiftung verdreifacht, die Förderungseinwerbungen an den Bund verstärkt worden.

Daraufhin reagierten einige Teilnehmer heftig dahingehend, dass die Verdreifachung für die Bürgerstiftungen auf dermaßen niedrigem Niveau erfolgt sei - von 40.000 - auf 126.000 und dass gleichzeitig ein Millionenbetrag nun an die Neulandhalle fließen soll, was alle Mittel absorbiert zum Nachteil der vielen anderen mühselig gewachsenen Gedenkorte.

Dem Großobjekt Neulandhalle in der westlichen Ecke von Dithmarschen, auch bekannt unter der Bezeichnung „Adolf-Hitler Koog“, das als NS-Symbol für Landnahme als bäuerlicher Tempel der Volksgemeinschaftsideologie galt, wohnten bei der Grundsteinlegung 1935 neben S-H Gauleiter Hinrich Lohse auch Hitler selbst bei. Als nach Erwerb und jahrzehntelanger Nutzung als Jugendheim (?) die evangelische Kirche das heute renovierungsbedürftige Objekt nicht mehr halten kann und sich sorgt, bei Abriss Verluste hinzunehmen oder es beim freien Verkauf eine Pilgerstätte für Neonazis werden könnte, gab sie ein Gutachten über die Umwandlung in eine Gedenkstätte in Auftrag. Bedarf an öffentlichen Mitteln: rund 4-6 Mio.€

Im Folgenden diskutierte die Runde auch über das ehemalige Grenz-KZ Ladelund, das vor 45 als Umschlaglager für dänische Bürger in Zwangsarbeit oder Deportation und danach als vorübergehendes Internierungslager für Nazis betrieben wurde. Auch der Gedenkort Husum-Schwesig wurde erwähnt, weil er u.a. auf die zweite braune Welle ab 45 hinweist. Ein Thema,

das immer wieder durchschlug. So sei auch eine regelrechte zweite Opfergeneration nach 45 entstanden. Als Beispiele wurden u.a. auch ehemalige deutsche Besatzungssoldaten genannt, die sich in besetzten Ländern menschlich zeigten und deshalb Hochverratsurteile kassierten. Diese und z.B. als Deserteur verurteilte, wurden in der Bundesrepublik erst 2009 rehabilitiert, nach erheblichen erlittenen Ungerechtigkeiten wie z.B. Versorgungs-, Rentenanspruchsverluste oder Berufsverbote im öffentlichen Dienst als „Vorbestrafte“.

Auch die Zeit vor 33 speziell in S-H wurde immer wieder erörtert, z.B. hinsichtlich der ev. Kirche, deren Menschenbild sich damals kaum von der Ideologie der Nazis unterschieden habe.

Zustimmung fand, dass wenn ein Gedenkort einmal eine gewisse Größe und Institutionalisierung erreicht hat und leicht im Internet zu finden ist, Eigendynamik entwickelt. Z.B. kämen Besucher und Schulklassen dann schon erheblich vorgebildet, oder Enkel bringen nach Omas Ableben Fotos und Unterlagen von Opa, die sie auf dem Dachboden gefunden hätten. Andererseits sind gerade die kleinen Einrichtungen, oft besetzt mit Initiatoren welche die Gedenkort selbst durchgekämpft hatten, besonders dialogfähig und ideal für fragende jugendliche Besucher. Deswegen dürfe es kein Missverhältnis zwischen großen und kleinen Einrichtungen in der Förderkultur geben.

Bei vorrangiger Landeszuständigkeit und kommunale Verantwortung hinsichtlich der Eigenleistung, fördere der Bund nur Gedenkschwerpunkte von zentraler Bedeutung. Die Diskussion, ob Schleswig-Holstein eine zentrale Gedenkstätte braucht oder nicht, ob mit oder ohne Dienstleistungsfunktion für alle anderen, musste offen bleiben. Falls ja, bestand Übereinstimmung, dass es dann ein zentraler Ort in der Landeshauptstadt Kiel sein sollte. Der Konflikt wird bleiben, denn die meisten Anwesenden waren auch der Meinung dass die Gedenkkultur gerade von der heterogenen Vielfalt und der Verteilung auf das Land lebt. Abschließend äußerte die Ministerin großes Verständnis für alle Forderungen, die sie auch für berechtigt hält. Sie sieht es auch als Problem, wenn nach Jahren des Wartens vieler, nun alle Mittel in die Neulandhalle fließen würden, erinnerte aber daran, dass anderenfalls ein Abriss drohe, die Landesregierung gerade mal ein dreiviertel Jahr im Amt sei, und sich Schritt für Schritt, allerdings mit besten Vorsätzen, voranarbeiten müsse und konkrete Versprechen noch nicht abgeben könne.

Vergleichende Überlegungen zur Gedenkstättenentwicklung in Deutschland und anderswo

„Vergangenheitsbewältigung“ wäre ein genau so unangemessener Begriff wie „Rückwärts-gewandtheit.“ Nicht zufällig versuchten und versuchen interessierte Kreise stets, das Gedenken an die NSG in diese Richtung abzudrängen. Vielmehr geht der Umgang mit der Geschichte von der Gegenwart, meist von einem konkreten Ort aus, gerade um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Und die Art des gegenwärtigen Umgangs mit der Geschichte wird später selbst zur Geschichte. So war es auch bisher. Als das Bundesverfassungsgericht 1954 sich vier Jahre abgemüht hatte, der KPD Verfassungswidrigkeit vorzuwerfen und das KPD - Verbot aussprach, bedeutete das gleichzeitig, dass rückwirkend Kommunisten Wiedergutmachungen oder Entschädigungen wegen Verfolgungen in der NS-Zeit verwehrt wurden. Nach den Juden wurde somit die zweitgrößte Opfergruppe schlicht ignoriert. Ein juristisch einmaliger Vorgang. Das beeinflusste selbst „weltoffene“ Städte wie Hamburg. Die Debatte der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten, ihrer ermordeten Kollegen namentlich auf einer Tafel im Rathaus zu gedenken, dauerte von 1974 bis 1981. Weil unter den 23 ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten 14 Kommunisten waren, wurde auf Namen verzichtet und die Inschrift lautete schließlich: *Zu Ehren und Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die*

nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden. Und genau so hängt die Tafel heute noch dort.

Ab 1989 begannen auch viele Osteuropäische Länder, ihre Geschichte zu entwickeln. Leider sehen sie sich stets in der Opferrolle – meist unter den Sowjets. Das beispielsweise in Ungarn 120 Mitarbeiter Eichmanns innerhalb weniger Wochen die Deportation von 500.000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtung organisierten, gilt als bekannt. Dass das aber nur durch die Zuarbeit tausender ungarischer Faschisten (Pfeilkreuzlern) möglich war, scheint in Vergessenheit geraten zu sein.

In Schleswig-Holstein die Bürger-Stiftung mit nunmehr 126.000 € vom Land zu fördern, gilt zumindest als gute Idee, greift aber zu kurz und die Frage, ob es sich um einen zentralen Dachverband handelt oder nicht, scheint nur vorgeschoben. Allein das kleine Bremen gibt ein Vielfaches davon aus. Die höchste Förderung in den Westländern gewährt Hessen, gefolgt von Niedersachsen. Die neuen Bundesländer wenden mehr an Förderungen auf, als die alten. Hier macht sich immer noch bemerkbar, dass in den ost-deutschen Ländern zu DDR-Zeiten die Gedenkstätten „von oben“ verfügt wurden, während sie im Westen mühsam von unten wachsen.

Völlig anders ist es bei den „Gedenkstätten für die Opfer der kommunistischen Diktatur in SBZ und DDR“. Vom Bund stark subventioniert (50%) werden die über 1000 unter der Kulturhoheit der Bundesländer (50%) stehenden Objekte entlang der ehemaligen Grenze, der Berliner Mauer und der ehemaligen Konzentrationslager hinsichtlich ihrer Nutzung nach 1945 als Internierungslager für NS-Belastete.

Allerdings wandelt sich das Bundesgedenkstättenkonzept ständig. Auch in Richtung politischer Gedenkstätten. Hier wäre als Problemfall die NS-Ordensburg (Vogelsang) zu nennen, eine von den Nazis eigens errichtete Pseudoburg in martialischer Architektur. Dazu schrieb die „Weisse Rose“ in ihrem 6. Flugblatt 1943:

„Eine Führerauslese, wie sie teuflischer und bornierter nicht gedacht werden kann, zieht ihre künftigen Parteibonzen auf Ordensburgen zu gottlosen, schamlosen und gewissenlosen Ausbeutern und Mordbuben heran, zur blinden, dumpfen Führergefolschaft.“

Der Arbeitskreis NS-Gedenkstätten in NRW sorgt sich, ob es gelingt, dieses historische Denkmal zu präsentieren, und dabei die monströse Eigenwirkung dennoch zu brechen. Ein Event-Tourismus müsse auf alle Fälle verhindert werden.

Schichten und Geschichten der Erinnerung: Gestern – heute – morgen

Die zukünftige Gedenkstättenlandschaft kennen wir nicht. Sie wird sich weiter verändern. Nach ursprünglichen Zeitzeugen folgen die Aufarbeitungszeitzeugen. Aufarbeitung, Dokumentation, Recherche und Verbreitung verbessern sich durch moderne Kommunikationsmittel rasant. Öffentliche Förderungen sind nicht stabil, sondern müssen immer wieder neu gerechtfertigt werden, bei gleichzeitiger Abhängigkeit von Haushaltsbudgets und politischen Mehrheiten. Gedenk- Strukturverbesserung, Kontinuität und Institutionalisierung sichern das Erreichte. Steinerne Zeugen müssen erhalten bleiben.

Abschließende Protokollbemerkung

Eine zweitägige Tagung in einige Seiten zu zwängen, dazu noch von einem Gasthörer, der mit einigen Zusammenhänge erstmalig intensiv konfrontiert wurde, ergibt sicher kein perfektes Protokoll. Ziel dieses Berichtes ist, Inhalt, Struktur und die Arbeit der Gedenkstättenakteure in Schleswig-Holstein in kompakter Form einer großen Zahl von Interessierten näherzubringen. Ich hoffe, die wichtigsten Schwerpunkte der Tagung erfasst zu haben. Zusätzlich

schien es in einigen Fällen geboten, einige Passagen für Außenstehende durch Recherche aus zuverlässigen Quellen zu ergänzen damit der Zusammenhang klar wird. Teilnehmer der Tagung, die diesen Bericht erhalten werden gebeten, etwaige Änderungsvorschläge bis zum 1. Mai 2013 einzusenden. Diese werden dann als Korrekturnachtrag an den Verteiler und zur Korrektur unserer Homepage verwendet.

Heinz-Michael Kittler h-m.kittler@die-linke-segeberg.de www.die-linke-segeberg.de

Programm der Tagung :

Freitag, 22. März 2013

19.15 h **Die Vergangenheit und die Erinnerungs - (ge)schichten. Einführung in das Tagungsthema**

Dr. Harald Schmid (Historiker und Politikwissenschaftler, BGSH/CAU Kiel)

19.45 h **Podiumsgespräch: »Erinnerungsschichten«. Der Wandel von Erinnerung an den Nationalsozialismus in generationellen Gedächtnissen von 1945 bis heute**

Matthias Lauer (Absolvent des Freiwilligen Bildungs - jahres Politik, Jüdisches Museum Rendsburg)

Hartmut Kunkel (AKENS, Lehrer im Ruhestand, Kiel)

Monika Metzner-Zinsmeister (Gedenkstätte Ahrensböök, Journalistin, Ahrensböök)

Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl (Historiker, CAU Kiel)

Marianne Wilke (VVN, Rentnerin, Wedel)

Moderation: Dr. Ingaburgh Klatt (Historikerin, Lübeck)

Samstag, 23. März 2013

Thema des Vormittages: Erinnerungsakteure. Wer betreibt Gedenken, wie und warum?

9.10 h **Eine Initiative: Die Entstehung von AKAP/AKENS Anfang der 1980er-Jahre**

Eckhard Colmorgen (AKENS, Mitarbeiter im Landes - kirchlichen Archiv, Kiel)

11 h **Ein halbstaatlicher Akteur: Die Geschichtspolitik des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes**

Dr. Knud Andresen (Historiker, Kiel) Anschließend Diskussion

Thema des Nachmittages: Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Vergleich

13.30 h **Der Wert der Erinnerung: Entstehungsgeschichten und Identitäten kleiner Einrichtungen**

Workshops zu Praxisbeispielen

15.45 h **Ein Erinnerungsort: Die Großstadt Kiel im Spiegel von Erinnerungen – zwei Blickwinkel**

Vorträge

Sonntag, 24. März 2013

Thema des Vormittages: Welchen gesellschaftlichen Stellenwert hat das Gedenken an den NS?

9.10 h **Statements zu Situation und Perspektiven der Gedenkarbeit am Beispiel Schleswig-Holsteins**

Anke Spoorendonk (Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein) im Gespräch

9.50 h **Gedenkstättenentwicklung in Deutschland – vergleichende Überlegungen**

Dr. Thomas Lutz (Topographie des Terrors, Berlin)

11 h **Podiumsdiskussion mit anschl. Plenums gespräch**

Anke Spoorendonk

Prof. Dr. Gerhard Fouquet (BGSH, CAU Kiel)

Dr. Detlef Garbe (KZ-Gedenk stätte Neuengamme, Hamburg)

Dr. Thomas Lutz

13.15 h **Schichten und Geschichten der Erinnerung – gestern, heute und morgen**

Abschlussdiskussion

Veranstalterinnen:

 <p>BÜRGERSTIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE GEDENKSTÄTTEN</p>		 <p>Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland</p>	 <p>LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN</p>
 <p>LANDEsarbeitsGEMEINSCHAFT GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGsorte IN SCHLESWIG-HOLSTEIN</p>	<p>Heinrich Böll Stiftung Schleswig-Holstein</p>	<p>Gustav Heinemann Bildungsstätte</p>	

Seminarleitung:

Uta Körby, Dr. Stephan Linck, Hauke Petersen,
Dr. Harald Schmid, Heino Schomaker